

## Richter ermordet

Ein unbekannter Motorradfahrer hat in Phnom Penh den Richter erschossen, der im letzten Jahr einen ehemaligen Führer der Roten Khmer zu lebenslanger Haft verurteilt hat. Der Motorradfahrer feuerte an einer Straßenkreuzung mehrere Schüsse auf Richter Sok Setha Mony, der in einem Auto saß, ab. Zeugen sprachen von fünf Schüssen. Sok Setha Mony hat im Dezember 2002 den ehemaligen Rote-Khmer-Führer Sam Bith für schuldig

befunden, 1994 die Entführung und Ermordung von drei Touristen angeordnet zu haben. Sam Bith ist einer der höchsten Khmer-Führer, die bisher von einem Gericht verurteilt wurden. Analysten warnten vor zu schnellen Schlussfolgerungen und halten auch einen anderen Tathintergrund für möglich. Sie äußerten die Befürchtung, dass dies der Auftakt einer Gewaltwelle vor den im Juli 2003 anstehenden Parlamentswahlen sein könnte. Der Mord

habe aber das ohnehin schwache juristische System Kambodschas weiter geschwächt, sagt Kek Galabru, Gründerin einer Menschenrechtsgruppe in Kambodscha. »Er verringert den Respekt vor juristischen Entscheidungen weiter. Andere Richter werden sich fürchten, nun ihre Arbeit zu tun.«

vgl. *Associated Press*, 23.04.2003

## Diplomatische Beziehungen normalisiert

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Kambodscha und Thailand haben sich wieder normalisiert. Das sagte der thailändische Ministerpräsident Thaksin Shinawatra nach einem Treffen mit seinem kambodschanischen Amtskollegen Hun Sen vor Journalisten in Thailand. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten waren an einem Tiefpunkt angelangt, nachdem es im Januar 2003 in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh zu schweren anti-thailändischen Unruhen gekommen war (siehe auch südostasien 1/2003). »Wir betrachten die vergangenen Ereignisse als Alptraum und Unfall«, sagte Ministerpräsident Shinawatra. »Unsere Beziehungen haben sich wieder normalisiert. Kambodscha und Thailand werden alles unternehmen, um ein neues Kapitel bilateraler Beziehungen aufzuschlagen. Sie werden besser sein als je zuvor.« Der kambo-

dschanische Premierminister Hun Sen fügte hinzu: »Wir haben aus unseren Erfahrungen gelernt und haben das Problem gelöst. Die diplomatischen Beziehungen haben sich wieder normalisiert.«

Die Bemühungen sollen durch die Gründung einer thailändisch-kambodschanischen Kulturvereinigung unterstützt werden. Der Vereinigung werden Professoren und Experten verschiedener Fachrichtungen und Universitäten angehören. Nach dem Vorbild der thailändisch-laotischen Kulturvereinigung werden Projekte gefördert, die der Begegnung und dem Verständnis zwischen Bürgern beider Staaten dienen. Die Vereinigung wird auch an einer objektiven Darstellung der historischen Beziehungen beider Länder arbeiten. Nach angeblich anti-kambodschanischen Äußerungen einer thailändischen Schauspielerin hatten Demonstranten in Phnom

Penh thailändische Geschäfte verwüstet und geplündert. Die Demonstranten drangen auch auf das Gelände der thailändischen Botschaft vor und zündeten das Gebäude an. Daraufhin hatte Thailand die diplomatischen Beziehungen zu seinem südlichen Nachbarn abgebrochen, Hilfsprogramme gestoppt und Grenzübergänge geschlossen. Später hatte die kambodschanische Seite thailändische Militärs beschuldigt, mehrere Kambodschaner erschossen zu haben. Premierminister Hun Sen hatte daraufhin Thailand »als nicht sicher für kambodschanische Staatsbürger« bezeichnet. Erst eine offizielle kambodschanische Entschuldigung sowie die Zusage einer Entschädigungszahlung von mehreren Millionen US-Dollar ermöglichten eine Annäherung beider Seiten.

vgl. *Associated Press*, 30.04.2003,  
*The Nation*, 17.04.2003

## Vermittler nach Nordkorea

Ein Vertreter Kambodschas soll in Nordkorea für die Fortsetzung der Atomgespräche mit den USA werben. Wie die kambodschanische Tageszeitung Phnom Penh Post berichtete, soll ein Regierungsvertreter nach Pjöngjang reisen und das kommunistische Regime überzeugen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Der Artikel enthielt keine genaueren Angaben. Die kambodschanische Regierung gab keine of-

fizielle Stellungnahme ab. Analysten verweisen auf die langen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Der kambodschanische König Norodom Sihanouk war ein enger Freund des nordkoreanischen Staatsgründers Kim Il Sung. Nach seiner Abdankung 1970 fand der König Zuflucht in Nordkorea. Seine Rückkehr 1991 nach Phnom Penh wurde von nordkoreanischen Bodyguards abgesichert. Die kam-

bodschanische Regierung hofft, den jetzigen Herrscher Nordkoreas und Sohn von Kim Il Sung, Kim Jong Il, zu Kompromissen bei seinen Forderungen gegenüber den USA zu bewegen. Nordkorea hatte die Gespräche über sein Atomprogramm abgebrochen und im Oktober 2002 damit begonnen, ein Programm zur Uran-Anreicherung wieder aufzunehmen.

vgl. *FEER*, 24.04.2003

# nachrichten

## Polizeichef gesteht

## Tatenlosigkeit

Der Polizeipräsident von Phnom Penh hat gestanden, dass einige Hundert Einsatzkräfte tatenlos zugesehen haben, als Demonstranten im Januar 2003 die thailändische Botschaft zerstörten. »Zu dem Zeitpunkt waren zwischen 200 und 300 Polizisten vor Ort«, sagte Polizeipräsident Hok Lundy in einer Besprechung mit Regierungsvertretern. »Sie sind jedoch nicht eingeschritten, weil immer Blut fließt, wenn wir einschreiten. Wir waren in der Lage, gegen die Demonstranten vorzugehen. Aber wir wollten kein Blutvergießen.« Hok Lundy sagte weiter, es habe von der Regierung keinen Befehl zum Einschreiten gegeben. Er wies Rücktrittsforderungen zurück. »Ich werde im Amt bleiben, bis ich 2017 in Pension gehe«, so der Polizeipräsident. Wenn jemand für die Vorgänge während der anti-thailändischen Unruhen Ende Januar verantwortlich zu machen sei, müsste zunächst Innenminister Sar Kheng zurücktreten. Hok Lundy hat insbesondere die Opposition gewarnt, die im Juli stattfindenden Parlamentswahlen durch Demonstrationen zu behindern oder das Wahlergebnis anzuzweifeln. »Wir werden jede Bewegung zerschlagen, die die Wahlen behindert oder das Ergebnis anzweifelt. Wenn der Moskito das nächste Mal sticht, werden wir nicht auf Befehle warten. Wir werden nicht warten, bis wir Malaria haben, sondern gleich zurückschlagen. Wir haben jetzt grünes Licht von der Regierung,« unterstrich er.

vgl. *The Straits Times*, 01.03.2003

# nachrichten

## Gesetzesvorlage zum Khmer-Tribunal

Das kambodschanische Kabinett hat einer mit den Vereinten Nationen (UN) erarbeiteten Gesetzesvorlage zur Durchführung eines Gerichtsverfahrens gegen ehemalige Führer der Roten Khmer zugestimmt. »Die Abstimmung war einstimmig«, sagte Minister Sok An nach einer Kabinettsitzung vor Journalisten. Man warte jetzt auf die Zustimmung der Generalversammlung der UN, bevor das kambodschanische Parlament das Gesetz ratifiziert. Nachdem die UN und die kambodschanische Regierung mehr als fünf Jahre verhandelt haben, kann jetzt mit der Einrichtung eines Gerichtshofes zur Klärung der Verbrechen der Roten Khmer begonnen werden. Der Vertreter der Vereinten Nationen, Hans Corell, verwies darauf, dass die Verabschiedung des Gesetzes nur der erste Schritt sei. Detailfragen, wie die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten, müssten noch geklärt werden. Die Vertreter Kambodschas und der UN hatten die Gespräche über ein Tribunal im Februar 2001 abgebrochen und waren erst nach internationalem Druck in diesem Jahr (2003) wieder zusammengetroffen. Der Streit hatte sich auch an der Frage entzündet, wie in dem von kambodschanischen und internationalen Richtern gebildeten Gericht die Abstimmung über ein Urteil erfolgen sollte. Nur mit der Zustimmung mindestens eines ausländischen Richters kann nun eine Verurteilung erfolgen.

vgl. Associated Press, 17.03.2003

## Online-Projekt gestartet

Die amerikanische Asia Foundation hat in Kambodscha ein Projekt gestartet, um mehr Kambodschanern einen Zugang zum Internet zu ermöglichen. Die Hilfsorganisation will mit rund 1,2 Millionen US-Dollar in 22 Provinzhauptstädten einen öffentlichen Internetzugang bereitstellen. Die für dieses Vorhaben errichteten Gemeindezentren werden mit der nötigen Technik ausgestattet und sind über drahtlose Netzwerke untereinander und mit dem Internet verbunden. Ein Ziel des Projektes ist, den Wählern im Vorfeld der Parlamentswahlen im Juli 2003 möglichst viele Informationen zugänglich zu machen. »In den meisten Teilen Kambodschas sind Informationen nur sehr eingeschränkt verfügbar«, sagt Gordon Hein, Vizepräsident der Asia Foundation. »In Phnom Penh gibt es einige Internetzugänge, auf dem Land jedoch so gut wie gar nicht.«

Die Asia Foundation hat in den letzten Monaten mit kambodschanischen Partnern ein Internetportal in Khmer eingerichtet. Alle Informationen stammen von verschiedensten Gruppen in Kambodscha, darunter politische Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen. Nutzer können E-

Mails schreiben und im Internet surfen. Kritiker des Projektes halten den technischen Aufwand und den Bildungsstand der Nutzer für die zwei wichtigsten Probleme. Selbst in Phnom Penh sei der technische Aufwand zur Betreibung von Netzwerken erheblich, sagte der Betreiber eines Internetcafes. Ersatzteile und Reparaturdienste sind nur schwer oder gar nicht erhältlich. Kambodschas Informationsmedien haben einen schlechten Ruf, was Genauigkeit und Verlässlichkeit der Berichterstattung angeht. Kritiker befürchten, dass sich mit dem Internet Gerüchte und Falschmeldungen schneller verbreiten können. Sie treffen auf eine Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand, die den kritischen Umgang mit Medien nicht gewohnt ist. Diese unkontrollierte Informationsverbreitung erschwere die Durchführung eines fairen Wahlkampfes und einer korrekten Wahl. Tom Parks, technischer Leiter des Projektes, hält dagegen: »Das Projekt hilft, extreme oder falsche Informationen zu filtern. Es schafft Raum für alternative Stimmen. Die Grundlage, auf der man sich eine Meinung bildet, wird wesentlich vergrößert.«

vgl. BBC news, 03.03.2003

## Casinobesitzer beteiligen sich an Entschädigung

Zwei kambodschanische Casinobesitzer haben sich an der Entschädigungszahlung für die zerstörte thailändische Botschaft in Phnom Penh beteiligt. Die Casinobetreiber Kok Ahn und Pad Supapa haben einen Teil der rund sechs Millionen US-Dollar umfassenden Summe aus eigener Tasche gezahlt. Das berichtete die thailändische Tageszeitung Bangkok Post unter Berufung auf Militärs. Die beiden Männer, denen Spielcasinos in Poipet an der thailändisch-kambodschanischen Grenze gehören, mussten hohe Gewinneinbußen hinnehmen, nachdem Thailand seine Grenzen im Anschluss an die

anti-thailändischen Unruhen in Phnom Penh geschlossen hatte. »Sie haben sich für eine schnelle Zahlung der Entschädigung stark gemacht, weil die sieben Casinos in Poipet bei geschlossenen Grenzen zwischen sieben und zwölf Millionen US-Dollar Verlust pro Woche gemacht haben«, hieß es dazu aus thailändischen Militärs. Den Casinobetreibern werden Verbindungen zu Ministerpräsident Hun Sen nachgesagt. Die kambodschanische Regierung teilte mit, diese Informationen entsprächen nicht der Wahrheit. Nähere Angaben wurden nicht gemacht.

vgl. The Straits Times, 19.04.2003

## Politische Sendung verboten

Der halb-private kambodschanische Fernsehsender TV3 hat eine Serie über kambodschanische Politik nach Ausstrahlung der ersten Sendung eingestellt. »Wir waren sehr überrascht und kennen den genauen Grund für die Einstellung nicht«, sagte Daniel Littlewood, Redakteur der Produktionsfirma FIT Media. »Der Sender hat uns nur mitgeteilt, dass alle folgenden Sendungen gestrichen sind.« Im Programm *Cambodian Voices* diskutieren Experten und Regierungsvertreter verschiedene soziale und politische Themen. Die erste Sendung beschäftigte sich mit der Wählerregistrierung im Vorfeld der Parlamentswahlen im Juli 2003. Drei weitere Programme waren zur Ausstrahlung vorbereitet.

vgl. The Straits Times, 26.02.2003

## Minenräumung im Grenzgebiet

Die thailändische Armee hat mit der Räumung von Landminen in einem Grenzabschnitt zu Kambodscha begonnen. Eine Fläche von rund 245.000 Quadratmetern soll in einem Jahr von Minen geräumt sein, teilte das Oberkommando der Armee mit. Die Räumung konzentriert sich auf das Gelände eines Khmertempels, der anschließend für Touristen aus beiden Ländern zugänglich gemacht werden soll. Es werde Jahrzehnte dauern, die gesamte Grenze minenfrei zu machen, sagte General Surayud Chulanont. Allein in dem Abschnitt um den Tempel lägen mehrere Millionen Sprengkörper und die Mittel zur Räumung seien beschränkt. Die Minenräumung wird vom thailändischen *Mine Action Centre* (TMAC) und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen finanziert und durchgeführt. In der Finanzierung sind rund 590.000 US-Dollar für Schulungen vorgesehen, die die lokale Bevölkerung für den Umgang mit Landminen trainieren sollen.

vgl. Bangkok Post, 01.03.2003